

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Berlin sowie bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 3 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postreformgesetz für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsredaktion: Ami Norden 2893 und 2896.

Jahresbeitrag 36 M. (Postgebühren 12 M.). Einzelhefte 10 Pf. „Kleinanzeigen“ das selbige Wort 20 Pf. Jedes weitere Wort 15 Pf. Leertext 10 Pf. Bei Familien- und Vereinsabonnements fällt der Postschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19. Verlagsredaktion: Ami Norden 2893.

Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 13. Januar 1919

Nummer 23

Die Wahlen in Württemberg.

Die Landesversammlung Württembergs.

Bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung haben von 1446589 Wahlberechtigten 1316068 ihre Stimmen abgegeben. Gültig waren 1313323 Stimmzettel, ungültig 2740.

Es entsallen auf: Unabhängige Sozialdemokratische Partei 40622, Zentrum 273192, Bauernbund 75756, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 35235, Landwirte Oberschwabens 5743, Deutsche Demokratische Partei 328555, Sozialdemokratische Partei Württembergs 452450, Deutsche Friedenspartei 4027 und Württembergische Bürgerpartei 97726 Stimmen.

Somit erhalten Siege: Die Unabhängigen 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 4, die Deutsche Demokratische Partei 38, die Sozialdemokraten Württembergs 52 und die Württembergische Bürgerpartei 11.

Die anderen Parteien gehen leer aus. Es stehen somit 94 Bürgerliche 56 Sozialisten gegenüber. Das Resultat aus der Gemeinde Münsingen (Oberamt Leonberg) steht noch aus, ändert aber an dem Resultat nichts.

Verhandlungen mit Rußland?

Gen. 12. Januar. (Meldung des Holländisch-Russisch Bureau.) Die englische Regierung hat am 5. Januar eine Note an die Außenministerien in Rom, Paris, Washington und Tokio geschickt, in der angeregt wird, eine Volkshilfe der Alliierten an die Regierungen der Sowjets und an die Regierungen von Kollisch in Omsk, Denikin in Jekaterinodar und Tschankowsky in Archangelst und alle anderen Regierungen, die sich aus den verschiedenen Nationalitäten des früheren Rußlands gebildet haben, zu richten. In dieser Note soll angeregt werden, daß alle Regierungen des früheren Rußland ihre gegenseitigen Zwistigkeiten aufgeben und nach einer Einigung Delegierte zur gemeinsamen Vertretung des früheren Rußlands nach Paris entsenden. Der Wortlaut dieser Note wird in der „Humanität“ veröffentlicht.

Sanjing erklärte in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten, daß Amerika diese Note nicht zugegangen sei. Es sei aber außer Zweifel, daß sie von England an die anderen Regierungen gerichtet würde. Die französische Regierung hat sich diesem Vorstoß gegenüber ablehnend verhalten, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß der Bolschewismus lediglich die Anarchie vertritt.

Ein Aufruf gegen die Einigung.

Gefangene wurden erschossen.

Der Vorstand der Berliner Bezirksorganisation der Rechtssozialisten erläßt einen Aufruf, der sich gegen die Einigungsabmachung der Arbeiter richtet und für das Festhalten an den Führern Ebert, Scheidemann, Landsberg und Noske ist. Das überrascht uns nicht. Solange die rechtssozialistischen Führer meinen, die Einigung gegen die Unabhängigen durchzuführen und dabei gute Fraktions- und Wohlgeschäfte machen zu können, war sie für die Einigung. Jetzt, wo die Bewegung über ihre Köpfe hinweg zu gehen droht, suchen sie die spontane Bewegung der Arbeiterklasse als künstliche Made zu verleumden.

Wenn dabei in dem Aufruf von Kompromittierten Führern der Linkssozialisten gesprochen wird, so können wir nur erwidern: Wir glauben zwar nicht, daß die Führer der U. S. B. D. Kompromittiert sind, aber uns ist die Personenfrage ganz gleichgültig. Was Noose selbstlos für sich erklärt hat, gilt natürlich für jeden andern unserer Genossen. Für uns gibt es keine Personenfrage irgendeiner Art, wenn es auf die Einigung des Proletariats ankommt.

In dem Aufruf wird auch unter kräftigen Schimpfwörtern behauptet, es sei eine Lüge, daß Gefangene erschossen wurden. In einem anderen Teil der Auflage des „Vorw.“ steht der eben beschriebene Aufruf, dafür enthält er den von uns bereits wiedergegebenen Bericht der

rechtssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrats über die Behandlung der Gefangenen. Da heißt es unter Punkt 8: „Daß Gefangene von den erbitterten nachdrückenden und immer noch bedrängten Soldaten erschossen sind, entspricht leider den Tatsachen.“

Die Nachricht ist also leider wahr. Dagegen ist die Behauptung, das Spartakisten angeblich gefangene Matrosen erschossen hätten, bisher unbewiesen. Wir stehen natürlich nicht an, zu erklären, daß ein solches Vorgehen aufs Schärfste zu verurteilen wäre und bestraft werden müßte. Aber auf der anderen Seite fordern wir strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, die für die bewiesene Erschießung der Gefangenen die Verantwortung tragen.

Demonstration der Unabhängigen in Frankfurt.

Frankfurt (Main), 13. Januar. Auf dem Gelände der Festhalle und in den dort gelegenen Restaurationen hielt am Sonntag nachmittags die Unabhängige sozialdemokratische Partei Versammlungen ab. Ansprachen hielten Ditzmann, Frankfurt, Paris, und C. F. e. l., Berlin. Um 4 Uhr formten sich die Massen, etwa 2000 bis 25000 Menschen, zu einem Demonstrationzug, in dem viele rote Fahnen und Plakate getragen wurden.

Helfer der Gegenrevolution.

Aus Kiel wird uns berichtet, daß dort nach dem 9. Januar 3 Kompagnien nach Grodzens abgegangen sind, die aus Desoffizieren, Kapitulanten, Obermaat und Appellanten zusammengesetzt sind. Zur Hilfe von Ebert-Scheidemann, zur Herstellung des alten Systems.

Der Proteststurm der Arbeiter.

Die in der Nationalen Automobil-Gesellschaft in Oberschönenfeld beschäftigten 4000 Arbeiter und Angestellten haben in einer Betriebsversammlung den Beschluß gefaßt, die kompromittierten Führer im Interesse der Einigung des Proletariats ihre Posten sofort zu verlassen, um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Die 7000 Arbeiter und Angestellten der Reichsdruckerei fordern eine Verhandlung der sozialistischen Parteien, um den unheiligen Bruderkampf zu beenden. Die noch nicht erfüllten Forderungen des Rätekongresses sollen sofort durchgeführt werden, insbesondere die Sozialisierung der hierfür reifen Betriebe. Weiter verlangen sie die sofortige Entwaffnung aller Privatpersonen und die Befreiung derjenigen Führer, die sich einer Einigung entgegenstellen.

Die Arbeiter der Firma Heinke in Mariendorf verlangen Befreiung der kompromittierten Regierung, Abschaffung der Kommando Gewalt und der Ranggeheben, sofortige Demobilisierung des gesamten Heeres und Bildung einer sozialistischen Volkshilfe.

Die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Oberschönenfeld A. G. fordert einstimmig die Befreiung der kompromittierten Regierung. Es soll eine auf revolutionärem Boden stehende paritätisch zusammengesetzte Regierung neu gebildet werden.

Die Arbeiter aus den Betrieben der A. E. G. Rabelwerk Oberspree, erhoben einstimmig den Beschluß, der jetzigen Regierung das Vertrauen zu entziehen. Es soll eine große, alle Parteigruppen umfassende deutsche sozialistische Partei gegründet werden.

Die Arbeiterschaft der Munitionsfabrik Spandau erklärt sich einstimmig für den Massenstreik als Protest gegen den Bruderkampf, der nur dazu geeignet ist, die Stohkraft der Arbeiterschaft zu lähmen. Der Massenstreik soll jetzt das Mittel sein, die Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg wieder zu vereinigen. Sie ruft allen Arbeitern Groß-Berlins zur Sozialisten aller Parteien, vereinigt Euch!

Die zweite Phase der Revolution.

Von R. Kautsky.

Die erste Phase der deutschen Revolution ist zu Ende. Ihre zweite hat begonnen. Sie sieht anders aus, als diejenigen erwarteten, die sie heraufbeschworen. Sie bedeutet nicht, wie 1793 in Frankreich und 1907 in Rußland, einen energischen Aufbruch nach links, sondern das Gegenteil. Noch ist das Morden in den Straßen Berlins nicht zu Ende, noch immer vergießen Proletarier das Blut anderer Proletarier, aber das Endergebnis ist nicht mehr zweifelhaft. Es war nicht zweifelhaft schon im Beginn der Bewegung, wenigstens für jeden, der sich einen klaren Blick für reale Machtverhältnisse bewahrt hat: auf der einen Seite stand eine Widerheit des Proletariats, auf der anderen seine Wehrlosigkeit im Reich und die ganze bürgerliche Welt mit samt dem Rest des militärischen Machtapparats, der noch aus der Kriegszeit übrig geblieben.

Dabei waren diejenigen, die sich gegen die Regierung erhoben, untereinander nicht einig. Auf der einen Seite die Spartakisten, die den Kampf zu einer militärischen Insurrektion zu gestalten suchten, mit dem Bewußtsein, militärisch unterlegen zu sein, jedoch in der Erwartung, den Kampf zum Ausgangspunkt der Weltrevolution zu gestalten. Auf der anderen Seite unabhängige Sozialdemokraten Berlins zum Teil, die wohl die kampflöse Aufgebung aller Regierungsämter in Reich und Staat gefordert hatten, aber sich zum kampflösen Aufgeben des Berliner Polizeipräsidiums nicht entschließen konnten. Zwischen diesen beiden Zielen, dem Behaupten einer rein lokalen Machtposition und Entfesselung der Weltrevolution, gab es unter den Kämpfenden noch die mannigfaltigsten Nuancen. Und ebenso verschiedenartig gestalteten sich ihre Kampfmethoden, von der friedlichen, waffenlosen Demonstration bis zum verweirtesten Gebrauch von Maschinengewehren und Handgranaten. Dabei waren von Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie an der Bewegung nur die Berliner Organisationen beteiligt, die die Affäre als eine bloß Berliner Angelegenheit ansahen. Das galt so sehr, daß das Zentralkomitee der Gesamtpartei sich als nicht direkt beteiligt betrachtete und einige von uns mit der Vermittlerrolle betrauten konnte, um zu versuchen, der Bewegung eine unblutige Beendigung zu geben.

Das ist uns leider nicht gelungen. Zweieinhalb Tage verhandelten wir nicht über die gegenständlichen Forderungen sondern darüber, ob verhandelt werden solle. Die Vertreter der Berliner Wahlvereine der Unabhängigen Sozialdemokratie, sowie die revolutionären Elemente waren bereit bedingungslos zu verhandeln, Regierung und Zentralrat forderten dagegen vor Beginn der Verhandlungen die Auslieferung sämtlicher bester Redaktionen. Auch das wurde ihnen zugestanden mit Ausnahme des „Vorwärts“, dessen Auslieferung man ebenfalls bewilligen wollte, doch sollte sie erst nach Abschluß der Verhandlungen vollzogen werden.

An dieser sekundären Frage härtete der Versuch, Verhandlungen einzuleiten. Als schließlich die Berliner Organisation noch weiter ging, und die Freigabe des „Vorwärts“ zu erreichen sich erbot, kamen selbst diese Verhandlungen nicht zustande. So kam's zum Blutvergießen.

Rein militärisch betrachtet, dürfte die Regierung es sich gestatten, die Verhandlungen praktisch abzulehnen. Sie war gewiß die stärkere und sicher, des Aufstandes Herr zu werden.

Aber ganz abgesehen von Rücksichten der Menschlichkeit hat sie politisch damit ihren sicheren Boden verloren. Wohl geht sie siegreich aus dem Kampf hervor und gewinnt so an Kraft, aber nur dadurch, daß die bürgerlichen und militärischen Faktoren, mit deren Hilfe sie triumphiert, noch mehr an Kraft gewinnen. Als sozialistische, als proletarische Regierung ist sie damit schwächer geworden, ihre Fähigkeit des Widerstands gegen bürgerliche und militärische Einflüsse, die stets gering war, ist nun noch weiter geschwächt worden. Die bürgerlichen Elemente und die Herren Offiziere fühlen sich wieder, die Gefahr der Gegenrevolution wird nun zu einer realen. Leider ist sie heraufbeschworen worden gerade durch die Politik der Spartakisten, die ausgaben, sie zu bekämpfen. Auch das

# Flugblattverbreitung

Dienstag abend 6 Uhr von den bekanntesten Lokalen aus.

lag von bei Beginn der Bewegung für jeden nüchternen Beobachter klar zutage.

Die große Gefahr besteht darin, daß die Regierung durch die Logik der Tatsachen von nun an immer weiter nach rechts gedrängt wird. Aber die Massen der Mehrheitssozialisten, auf die sie sich stützt, werden das nicht mitmachen. Daran hindert sie ihr proletarisches Empfinden.

Schon heute sehen wir, zum ersten Male seit der Spaltung, eine erhebliche Opposition innerhalb der Mehrheitssozialisten gegen die Politik ihrer Regierung, weil diese die blutige Niederschlagung friedlicher Verhandlung vorzuziehen. Diese Opposition wird wachsen, wenn die Regierung auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter fortstreitet. Damit erstreckt aber auch wieder die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der gespaltenen sozialistischen Partei. Die Regierung des 10. November wurde aus einer richtigen Erkenntnis geboren; aus der Erkenntnis der Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen proletarischen Front. Aber man fing diese Herstellung am unrichtigen Ende an. Man wollte, daß die Führer einträchtig zusammenarbeiten, indes die Massen getrennt blieben. Das war ein unhaltbarer Zustand. Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes geht von den Massen aus, nicht von den Führern. In der Masse geben individuelle Unterschiede und Eigenheiten unter, im Bewußtsein der Einzelnen untereinander mochten sich diese Unterschiede und Gegensätze geltend.

Wer die Herstellung der einheitlichen proletarischen Front will, muß mit der Einigung der Massen beginnen. Die Einigung der Führer wird dann folgen. Jene organisatorische Einigung war in den Tagen nach dem 9. November noch nicht möglich. Sie wird jetzt zur Pflicht, zur dringenden Pflicht, wo die Gegenrevolution drohend ihr Haupt erhebt. Sie wird erleichtert dadurch, daß gleichzeitig innerhalb der Mehrheitssozialisten die Opposition erlosch. Um diese Opposition zu kräftigen, nicht um die blinde Gefolgschaft der Ebert, Scheidemann, Landsberg zu vermehren, dazu ist es notwendig, daß alle Sozialdemokraten, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, sich wieder bereinigen.

Bunt erklingt jetzt der Ruf nach Einigung in den Reihen der Berliner Proletarier aller Richtungen. Diesen Ruf zur Tat werden zu lassen, ist das dringendste Gebot der Stunde.

In erster Linie kommt in Betracht die Verständigung über ein gemeinsames sozialistisches Aktionsprogramm und eine Regierung, die gewillt ist, dieses Programm zu verwirklichen.

Die Einigung des sozialistischen deutschen Proletariats — das ist das Zeichen, unter dem wir in die zweite Phase der Revolution eintreten müssen. Gelingt sie, dann werden die furchtbaren Opfer nicht umsonst gefallen sein, die das Proletariat Berlins in der blutigen Januarwoche zu bringen hatte. Dann dürfen wir mit neuer Kraft und neuem Mut neuen Kämpfen entgegengehen.

## Nach Spartakus die Unabhängigen.

Das ist der Reiz der bürgerlichen Presse bei Verurteilung der gestrigen Ereignisse. Man macht die Regierung scharf, nicht zu erlöhnen, alle parteiischen Bestrebungen in der Provinz mit Gewalt zu unterdrücken und vor allem auch gegen die Unabhängigen vorzugehen, deren „doppeldeutige Taktik“, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, sie vor der Niederlage bewahrt habe. In schärfsten Ausdrücken zieht das Agrarierblatt gegen die „Freiheit“ zu Felde, der sie „groteske Geze“ vorwirft, was sich bei dem Blatt des Herrn Reventlow wirklich greifbar ausnimmt. „Ein Drittel des Weges“ nennt das Agrarierblatt seinen Leitartikel, der im Verhältnis zum Erguß des „Montag-Lokalanzeigers“ sachlich und wohl genannt werden muß. „Eine Woche des Schreckens“ ist der „Lokalanzeiger“, nur einige Stichworte:

„Diktator kann nur mit Diktatur bekämpft werden. Darüber sollte auch unsere sozialistische Regierung endlich mit sich in reine gekommen sein. Sie hat sich vom Zentralrat außerordentlich heillose Willkür einräumen lassen. Nur wenn sie von diesen rücksichtslosen Gebrauch macht, wird sie die Lage vielleicht noch meistern können, in die wir durch ihre unverantwortliche Langmut geraten sind.“

Aber es kommt noch besser. Nicht nur die Regierung wird scharf gemacht, sondern auch das Bürgertum gegen die Regierung aufgerufen. Nur alte Willkür und alter Geist habe den Sieg über die Unordnung errungen, und daher müsse sich das Bürgertum seine Stellungnahme überlegen und sich der wirklich tatkräftigen Elemente erinnern, denen wir es zu danken haben, wenn wir ruhig zur Wahl schreiten können. Das ist deutlich genug. Ebert-Scheidemann hat seine Schuldigkeit getan, der Mord kann gehen. Das zeigt, wohin die Reise geht, wenn die

Arbeiterchaft sich nicht aufrafft zum energischen Kampf gegen die Gegenrevolution.

## Bewaffnung der Schulleute.

Wie der „Montag“ mitteilt, hat der neue selbstbestehende Polizeipräsident Richter nach der Erfüllung des Berliner Polizeipräsidiums sofort die dort befindlichen und erreichbaren Schulleute mit Karabinern bewaffnen lassen. Im Laufe des heutigen Tages soll nach derselben Quelle die gesamte Berliner Schutzmannschaft ihre Waffen wieder erhalten.

Herr Richter hat bereits als Charlottenburger Polizeipräsident die bürgerliche Gegenrevolution mit Waffen ausgerüstet. Jetzt organisiert er, im Auftrage der Regierung, die Ausrüstung der Gegenrevolution auch in Berlin.

## Eine Erklärung.

Die der Mehrheitspartei angehörenden Mitglieder des Vollzugsrates Sieh und Seuten senden uns folgende Erklärung: „In der „Republik“ und „Freiheit“ vom 12. Januar erscheint unter der Überschrift: „Die Behandlung der Gefangenen“ ein Bericht vor einem Mitglied des Vollzugsrates, der verschiedene Unrichtigkeiten enthält. Der Bericht läßt sich offenbar auf Angaben, die jenem Mitglied des Vollzugsrates gemacht sind von Herrn Rusch (U. S. V. D.), der zusammen mit Sieh und Seuten jene Kommission bildete, die im Auftrage des Zentral- und Vollzugsrates jene gefangenen Sozialisten besuchte. Schon bei der Besichtigung wurde dagegen protestiert, daß Herr Rusch sich als Sprecher und Führer der Deputation vorrangig, und auch jetzt legen wir Vernehmung ein, daß ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Abgeordneten selbigen ein Bericht der Kommission veröffentlicht wird. Die Kommission fehlte dem Bericht ganz fern. Vor allem protestieren wir gegen die tendenziöse Fassung der Veröffentlichung. Einzelne Angaben entsprechen der Wahrheit, sind aber so dargestellt, daß unsehbar ein Eindruck hervorgerufen wird, der den Tatsachen nicht entspricht.“

1. Das 1. Garde-Regiment hat mit der ganzen Sache nichts zu schaffen. Die Kommandantur schickte ein in Potsdam zusammengestelltes Regiment, dieses besetzte die Dragoonierkaserne und übernahm die ganze Besatzungsgabe. Der Soldatenrat des Dragonerregiments stellte lediglich die Räume zur Verfügung. Da das Potsdamer Regiment nur 25 Mann zur Bewachung der 205 Gefangenen zur Verfügung hatte, konnten, wie oben schon bemerkt, nicht die Mannschaften der Dragoonierkaserne für die Inhaftierten in Frage kommen. Der Soldatenrat der Dragoonierkaserne bestimmte dafür seinen leeren Stall, zumal die Inhaftierung nur 2 Stunden dauern sollte.

2. Räuber Jäger waren bei der ganzen Angelegenheit nicht beteiligt.

3. Oberleutnant von Carnow und Lt. Bring Hohenzollern waren bei der Besichtigung der Gefangenen nicht zugegen, sondern Feldw.-Lt. Schmann und verschiedene Wachposten.

4. Stroh war allerdings nicht da, aber die Kaserne hatte überhaupt kein Stroh zur Verfügung, konnte auch in der kurzen Zeit keine beschaffen.

5. Daß das Regiment für die 205 Mann keine Decken liefern konnte, dürfte ohne weiteres einleuchten bei den heutigen Verhältnissen in den Kasernen.

6. Das Garde-Regiment empfängt für seine 110 Mann Verpflegungshälfte nur jeweils für einen Tag Verpflegung. Mit diesem kleinen Vorrat hatte es schon dem Potsdamer Regiment auszuweichen. Somit hätten die Dragoonierkaserne für die 205 Gefangenen noch Stroh übrig.

7. Beim zuständigen Reservebataillon 2 Tempelhof war vom Potsdamer Regiment sofort ein Sanitätskontingent beordert worden für 10 leichtverwundete Gefangene. Ein Arzt war mittags erschienen und ließ durch den Sanitätsfeldwebel die verwundeten Potsdamer Soldaten und die Gefangenen verbinden. Das Reserve-Bataillon Tempelhof hatte die Aufnahme der Verwundeten verweigert, so mußte der Sanitätsfeldwebel auch die im Bericht der „Republik“ erwähnten 3 Verwundeten vorläufig in der Kaserne belassen.

8. Daß Gefangene von den nachdrängenden Soldaten und der Disziplinierung erschossen sind, entspricht leider den Tatsachen.

9. Ebert schickte — ohne äußeren Anlaß — mittels zur Kaserne und ließ die Anweisung geben, die Gefangenen zu schätzen vor Verhandlungen.

10. Nicht ein mitgefangener Hauptmann war vom Regiment entlassen worden, sondern ein Leutnant, der bis dahin Gefangener der Sozialisten im „Vorwärts“ war.

11. Die im Bericht erwähnte Selma Patsche und andere aus der umliegenden Menge Gefangene wurden von den Potsdamern mitgeführt, da sie gegen die vorgehenden Soldaten vergebende Reden gehalten hatten.“

Wir haben dieser eigenartigen „Berichtigung“ Raum gegeben, müssen aber bemerken, daß sie nicht nur nichts „berichtigt“, sondern im Gegenteil die wesentlichen Angaben unseres Gewährsmannes bestätigt. Die von uns festgestellten Tatsachen werden nicht bestritten, sondern in einer Weise beschönigt, die jedem anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Die Verfasser der obensichenden Erklärung hätten besser getan, zu schweigen als sich zu Verteidigern einer schlochten Sache zu machen.

## Groß-Berlin

Dienstag abend 6 Uhr von den bekanntesten Lokalen aus.

## Groß-Berlin.

### Dauer's noch lange?

Unsere Telefone sind noch immer auf Befehl der Regierung abgeblockt, ebenso unser Telegrammverkehr nach außen. Wir sind neugierig, wie lange Zeit die Regierung zur Aufhebung dieser dummen Maßnahmen brauchen wird.

### Schauergerichten.

Die bürgerliche Presse inklusive „Vorwärts“ ist voll von Schauergerichten über die Erfüllung und Bestrafung des Berliner Polizeipräsidiums und des Schließens des Bahnhofs. Der Phantase der Verleumdung machen die Verleichte alle Ehre, aber mit den Tatsachen stehen sie in keinem Widerspruch. Nach der Vorwärtsbeschreibung sind die einzelnen Punkte fast durchgängig freiwillig geräumt worden, ohne daß deshalb der große Aufwand nötig gewesen wäre.

Soweit es sich um das Polizeipräsidium handelt, sind die dortigen Sicherheitsmaßnahmen ordnungsgemäß angeheißt gewesen, von einer nichtproletarischen Besetzung konnte gar keine Rede sein.

Die nächste Aufführung der Volkstheater mit August Strindbergs „Luther“ sein. Die Titelrolle spielt Friedrich Schiller; die Regie des Stückes liegt in den Händen von Dr. Paul Regband.

### Lebensmittellisten.

Lebensmittellisten in Reußh. Der Verkauf von 500 Gramm Natrmele auf Abschnitt 90 der Lebensmittelliste, von 200 Gramm Nudeln auf die Abschnitte 25 und 26 der Lebensmittelliste für Jugendliche und 1 Dose Walzgetreide auf Abschnitt 1401 der Warenbegünstigten für Kinder wird fortgesetzt auf den Abschnitt „C“ der Haushaltskarten wird ein Briefchen beigefügt ausgegeben.

In Berlin-Schöneberg findet bis zum 14. Januar Voranmeldung statt für 100 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 88, 100 Gramm Graupen auf Abschnitt 89 der Groß-Berliner Lebensmittelliste, 100 Gramm Teigwaren auf Abschnitt 25 und 100 Gramm Graupen auf Abschnitt 26 der Jugendlichenliste. — Ohne Voranmeldung werden vom 18. bis 31. Januar an alle Kinder und Jugendlichen bis zu 17 Jahren 8 Pakete Milchspeisen auf besonderen Begünstigten ausgegeben. Ferner werden in der nächsten Woche 500 Gramm Natrmele auf die Abschnitte 88 und 89 der Groß-Berliner Lebensmittelliste verteilt. Weizhol-Sauerkraut gelangt in den durch Kühlung kennzeichnend gemachten Geschäften freibleibig zum Verkauf.

Wilmersdorf. Vom 18. bis 19. Januar Fortsetzung des Verkaufs von Fischwaren, 100 Gramm Geringtrauben, 100 Gramm Gries auf die allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelliste, 100 Gramm Gries für Jugendliche, 100 Gramm Puddingpulver auf die Begünstigten für Einzelpersonen, marlenfreies Sauerkraut in befestigter Menge, 5 Pfd. Kartoffeln auf die Haushaltskartelliste, 2 Pfund aus der eisernen Nation.

Panitzsch. Vom Dienstag, den 14. Januar ab werden in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Begünstigten und Leistungsscheins 89 von der allgemeinen Lebensmittelliste 100 Gramm Graupen zum Preise von 9 Pfennigen ausgegeben.

### Aus den Organisationsen.

Lichterfelde. Am Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Rensly, Hindenburgdamm 55, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.

Freitag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Deymer, Hindenburgdamm 104, eine öffentliche Vortragsveranstaltung statt mit der Tagesordnung: Die bevorstehende Nationalwahl. Die Besprechung der Nationalwahl. Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Waldrestaurants von Gumbold, Silberstraße 20: Öffentliche Versammlung. Vortrag: Der Ernst der Zeit. Dr. Jakob Dittus.

Reinickendorf-West. Am Mittwoch, den 15. Januar in Hartmanns Brauerei Versammlung. T.O.: Einigung und Nationalwahl. Genossen jeder Richtung eingeladen.

Neu-Konstituierung des Ortsvereins Stagli der U. S. V. Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung von Mitgliedern und Freunden der U. S. V. beschloß am 9. d. M. die Neu-Gründung einer Ortsgruppe Stagli. Zahlreiche Neuanmeldungen bewiesen das stetige Vordringen unserer Ideen auch in dieser Hochburg der Reaktion. Als 1. Vorsitzender wurde Genosse Karl Raham, Sünder, Staglistr. 8, als 1. Kassierer Herbert Deu, Stagli, Poststraße 28, II, gewählt. Tag und Ort unserer jetzt häufig stattfindenden Versammlungen wird noch bekanntgemacht.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wiegand, Reußh. — Druck der Hindenburgdamm 55 und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schönebergdamm 10.

**Sprech-Apparate und Platten**  
BIAL & FREUND  
ALEXANDERSTRASSE 97  
BERLIN S 43  
GROSSE AUSWAHL  
BILLIGE PREISE.  
Auf Wunsch  
BEQUEME  
ZAHLWEISE

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltung Berlin, Bureau Berlin Langstr. 50.  
Tel. Amt 10623, 8576.  
Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr  
in der  
Prachtvollen Alt-Berlin, Blumenstr. 10  
Gemeinsame Versammlung der Berliner Holzarbeiter  
Berliner und Brandenburg.  
Mit Teilnahme.

**Spezialarzt**  
t. Haut-, Horn-Frauenleiden.  
Salvarsan-Kuren, Blinuliersach.  
Schnelle Beseitigung von Ausschlag.  
Krankheiten der Harnorgane in  
Dr. Ritter's Jägerstrasse 12  
Heliandstr. 11-12, Sonnt. 11-12.

**Wichtig für Händler!**  
Neuere Ansichtskarten vom Berl.  
Straßenkampf, Montag, 12. Jan.  
Bernhard Jahn, Köpenicker  
Strasse 21, IV. Fabrikgebäude.  
**Werkzeuge**  
Kleinmaschinen, Motoren, Apparate,  
Kopierdräte, sowie sämtl. elek-  
trischen Materialien, auch strom-  
elektronische, Kurantstr. 18,  
(Alexanderplatz) Telefon Alexan-  
der 612.

**Verdienst**  
blotet sich durch den Verkauf der  
Broschüre „Was will die Sozial-  
demokratie“, Näheres durch  
Heldrich, Charlottenburg, Meer-  
scheidestraße 45.

**Psycho-  
Institut**  
Neukölln, Neckerstr. 8, Berliner  
Strasse, behandelt nach ganz neuen,  
sicheren Verfahren alle Nerven-  
und Gemütsleiden. Sprechst. 3-5  
Sonntags 1-2.  
Möbel-Geschäftsunwerk  
fährt Waldemar Kallan, Fahr-  
gesch. Fehlbauer Straße 29.  
**Botenfrauen**  
stellt ein  
Hübner, Schulstr. 69.  
**Botenfrauen**  
sucht  
Schulz, Friedenau,  
Rheinstraße 31!

**Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin.**  
**Öffentliche Versammlungen**  
Dienstag, 14. Januar, abends 7 Uhr  
Graues Kloster, Klosterstraße, Friedrich-Werder-Gymnasium,  
Deutscher Hof, Sudauerstraße 15, Niederkirchstraße 12,  
Patenhofer Brauerei, Landsberger Schönart, am Nummersburger Bahnh.,  
Allee, Graumann, Rannhstr. 27,  
Bäckers Festale, Weberstraße 17, Musikersäle, Kaiser-Wilhelmstr. 2,  
Drachenburg, am Schießischen Tor, Wilsenerstraße 22,  
Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Referenten: Otto Böhner, Hugo Haase, Dr. J. Krosch, Hermann Radtke, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinz Strödel, Dr. Hermann Wehl, Wilhelm Kubig, Hermann Glaser.  
Für unentgeltliche Wähler bis 25 Jahre:  
**Öffentliche Versammlung**  
am Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr,  
Saal des Völsing-Gymnasiums, Panikstraße 18-19.  
Tagesordnung: Jugend und Nationalversammlung.  
Mittwoch, 15. Januar, abends 7 Uhr,  
Hübner, Brauerei, Wintergarten-Saal, Rosenstraße 22.  
Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Ref.: Gen. Hugo Haase  
Parteilosen! Sorgt für Wassengeld.  
Der Propaganda-Kreis